

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 31.

Charlottenburg, Freitag, den 4. August 1922.

49. Jahrg.

Unsere Generalversammlung.

II.

Den Bericht über die Redaktion und Expedition gab Kollege Karl: „Mit der Mitgliederzahl hat sich auch die Auflage der „Ameise“ gehoben. 1919 hatten wir eine Auflage von 40 000, Ende April 1920 50 000 und jetzt 68 500. Wir haben uns bemüht, die bei der Drucklegung und Expedition bestehenden Schwierigkeiten zu beheben. Diese Schwierigkeiten sind nicht ohne Einfluß auf den Inhalt der „Ameise“, weil es dadurch unmöglich wird, den Inhalt wunschgemäß aktuell zu halten. Da die Redaktionsgeschäfte während der Erkrankung des 1919 von der Generalversammlung gewählten Redakteurs, Kollegen Schneider, und auch nach dessen Tod nebenbei erledigt werden mußten, konnte darauf recht wenig Zeit verwendet werden. Es konnten deshalb besonders auf unsere Industrie und unsere Berufskreise zugeschnittene Artikel recht wenig bearbeitet und veröffentlicht werden. Hoffentlich kann die Stelle des Redakteurs recht bald besetzt und dadurch dieser Uebelstand behoben werden. Die vorliegenden Anträge stehen teils diametral zueinander. Während einmal die Aufnahme aller Artikel verlangt wird, wird in anderen Anträgen, besonders in bezug auf die Versammlungsberichte eine starke Einschränkung gewünscht. Ich finde das letztere ebenfalls richtig. Den dadurch ersparten Raum können wir anderweitig entschieden besser verwenden. Die Veröffentlichung sämtlicher Artikel, ohne Rücksicht auf deren Inhalt und Schreibweise, kann schon deshalb nicht erfolgen, weil öfter auch solche eingekandt werden, die gegen das Gesamtinteresse der Organisation verstoßen. Nicht durch Spielen mit Worten wird der Massenkampfcharakter gewahrt, sondern dem Massenkampf wird am besten dadurch gedient, indem Wissen vermittelt und den Mitgliedern Material für den Tageskampf geliefert wird. Der bei wöchentlich erscheinenden Organen chronische Platzmangel ließ es nicht zu, alle uns interessierenden Gesekzentwürfe und Gesetze zu veröffentlichen.“

Die Zahlstellenverwaltungen müssen sich da selbst helfen, indem sie das „Reichsarbeitsblatt“ oder das „Reichsgesetzblatt“ abonnieren. Es wird auch gewünscht, in jeder Nummer ein Feuilleton erscheinen zu lassen. Ich finde es nicht zweckmäßig, weil der Raum besser mit Gesetzesbesprechungen und sonstigen Rechtsfragen ausgenutzt werden kann. Ich habe Wert darauf gelegt, den Richtungsstreit aus der „Ameise“ fernzuhalten, und es ist zu wünschen, daß dies auch künftig so bleibt, denn die „Ameise“ darf nicht den Streit innerhalb unserer Mitgliedschaft verschärfen, sondern die Einigkeit muß gefestigt werden, damit wir unsere Gegner um so besser bekämpfen können.“

Sodann gab Kollege Henning-Berlin den Bericht der Revisoren. „Es ist nicht nur die Kasse geprüft worden, sondern es wurden auch die Mitgliederabstimmungen kontrolliert. Es kann konstatiert werden, daß die Kassenführung in guten und zuverlässigen Händen ist, und die Revisoren beantragen Entlastung des Kassierers.“

Kollege Sitz-Eisenberg gab den Bericht der Beschwerdelkommission. „Die Kommission war in dieser Periode wenig in Anspruch genommen. Früher bezogen sich die meisten Beschwerden auf Reise- und Umzugsunterstützung. Von insgesamt 46 Eingängen wurden 18 durch Hinweis auf das Statut erledigt, 13 wegen Nichtzuständigkeit der Kommission abgelehnt und 9 durch Klärung der Angelegenheit zugunsten der Mitglieder erledigt. Wir sind mit dem Hauptvorstand gut übereingekommen. Nur in 6 Fällen mußten wir entscheiden. Davon wurden 3 abgewiesen und 3 zugunsten der Mitglieder entschieden.“

Kollege Retzsch (Leiter der Generalversammlung) konstatierte, daß dem Verbandstag weder Beschwerden gegen die Beschwerdelkommission noch andere vorliegen.

Den Bericht der Gauleitung Thüringen erstattete Kollege Hoffmann: „Der Mitgliederbestand hat sich verdoppelt; er beträgt jetzt über 22 000. Posteingänge sind 3441, Ausgänge 4752 zu verzeichnen. Dazu kommt eine starke Zunahme des Telephonverkehrs. Öffentliche Versammlungen wurden von den Gauleitern 10, Branchenversammlungen 16, Werkstattversammlungen 61, Mitgliederversammlungen 163, Verwaltungssitzungen 58, Kommissionsitzungen 634, Vertrauensmännersitzungen und Besprechungen 207 abgehalten; auf Differenzen entfielen 744 Sitzungen und 134 auf sonstige Angelegenheiten. Lokalangestellte haben wir im Gau jetzt in Coburg, Gräfenthal, Ilmenau, Kahla und Köppelsdorf. Zuschüsse von der Hauptkasse benötigen wir dazu nicht.“

Die Tarifbewegung und Gauschiedsämter haben uns viel Arbeit gemacht. Schuld daran ist mit der große Wechsel der Arbeitgebergauleiter. Auch die Vertretung bei den Schlichtungsausschüssen machte viel Arbeit. Infolge der Ueberlastung war es uns nicht möglich, allen Wünschen der Kollegen, uns mehr in den Zahlstellen sehen zu lassen, nachzukommen. Es wurde angeregt, wieder Lichtbildervorträge zu halten. Dem kann aber schon wegen des Zeitmangels nicht nachgegeben werden. Wir haben uns bemüht, Aufklärung für das Tarifwesen zu schaffen und sind auch bestrebt gewesen, die Betriebsräte zu schulen. Leider ist der Verbrauch an Betriebsratsmitgliedern ein recht großer, das erschwert die Arbeit.“

Kollege Apel gab zu dem Bericht noch einige Ergänzungen und regte dabei an, nicht nur Kritik zu üben, sondern auch neue Wege mit suchen zu helfen.

Den Gaubericht für Oberfranken-Oberpfalz gab Kollege Bredow: „In diesem Gau arbeitet es sich besonders schwer, aber es ist trotzdem vorwärtsgegangen. Ein Teil unserer Kollegen kennt den Tarifvertrag noch recht schlecht, und seine Anwendung läßt noch viel zu wünschen übrig. Trotz des besten Bemühens konnten wir noch nicht alle Mitglieder zur Zahlung der richtigen Beitragssätze bewegen. Das trifft besonders für Frauen zu.“

Ende 1921 hatten wir im Gau 17 250 Mitglieder. Lokalbeamte haben wir nur in Selb und Weiden. Ich war beteiligt an 10 Werkstatt- und 118 Mitgliederversammlungen, 12 Verwaltungs-, 4 Kommissions- und 20 Vertrauensmännersitzungen; auf Differenzfälle entfielen 148 und auf sonstige Angelegenheiten 152 Sitzungen. Ferner habe ich zwei unvermutete und sechs angemeldete Revisionen durchgeführt. Die Arbeit wurde noch durch Teilnahme an Sitzungen des Schlichtungsausschusses und Gerichtsverhandlungen vermehrt.

Es ist darüber zu klagen, daß uns die Mitglieder bei Differenzfällen recht oft zu spät benachrichtigen. Die Differenzen haben sich so vermehrt, daß es nicht möglich ist, jedem Auf zu folgen. Die Zusammenarbeit im Gau war gut, und hoffentlich bleibt es so.“

Kollege Jahn gab den Bericht für den Gau Rheinland-Westfalen: „Schon 1911 hatten die Mitglieder dieses Gaues den Wunsch auf Anstellung eines Gauleiters. 1920 erfolgte meine Anstellung. Ich habe nun zum erstenmal Gelegenheit, einer Generalversammlung als Gauleiter zu berichten. Rheinland ist die Hochburg des Merks, und die Arbeit für die freien Gewerkschaften ist schwer. Wir haben aber trotzdem seit 1919 der christlichen Organisation viel Boden abgerungen und haben jetzt die Führung. Die Orte des Gaues liegen weit voneinander; dadurch wird die Tätigkeit sehr erschwert. Meine Anwesenheit war erforderlich in 20 öffentlichen Versammlungen, 24 Branchen-, 44 Werkstätten-, 120 Mitglieder-

versammlungen, 56 Verwaltungs-, 26 Kommissions- und 48 Vertrauensmännerversammlungen.

Unsere Kollegen in der Emaille-, Terrakotta- und Gipsbranche haben sich Mühe gegeben, die Branchenmitglieder im ganzen Reich zu erfassen; das ist bis jetzt noch nicht gelungen. Es ist aber zu hoffen, daß es mit Unterstützung der Organisation noch erreicht wird. Unsere unermüdete Arbeit hatte den Erfolg, daß wir jetzt drei Viertel aller in Frage kommenden Kollegen zu uns zählen und den Christen nur ein Viertel verblieben ist. Allen, die dabei mitgeholfen haben, sage ich von dieser Stelle aus meinen Dank.

Für den Gau Schlesien-Sachsen berichtete Kollege Griesbach: „Ich trat im September 1920 an die Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Girsch. Es wurde von uns mit Nachdruck an der Aufklärung der Mitglieder gearbeitet. Vor allem machten wir die Mitglieder mit dem Tarifwesen und dem Betriebsrätegesetz vertraut. Auch ich kann einen starken Verbrauch an Betriebsratsmitgliedern feststellen. Die Verbandsbeiträge werden in meinem Gau in der richtigen Höhe abgeführt. In 32 Zahlstellen zählte der Gau Ende 1921 14 357 Mitglieder.

Ich habe teilgenommen an 119 Verwaltungs- und Kommissionsitzungen, 26 Vertrauensmännerversammlungen und 51 Sitzungen über sonstige Angelegenheiten. Revisionen habe ich in 13 Fällen vorgenommen. Dazu kommt noch die Tätigkeit bei den Gauschiedsämtern, Amts- und Gewerbegerichten.

Wir haben den Versuch gemacht, möglichst alle Streitfälle durch Verhandlungen in den Betrieben zu erledigen. Es ist dies auch meistens gelungen, und wir brauchen die tariflichen Schiedsinstanzen nur mit Angelegenheiten größerer Bedeutung zu belasten.

Unsere Mitglieder haben erfreulicherweise begriffen, daß die Beitragsfrage eine Lebensfrage für die Organisation ist. Ich hoffe, daß wir in Zukunft Gelegenheit haben, die Durchbildung unserer Mitglieder nach allen Richtungen noch besser zu betreiben.“

In der Diskussion wurde vor allem über die Punkte: Verschmelzung, Internationale, Arbeitsgemeinschaft und Ausgestaltung der „Ameise“ gesprochen. Es wurde von allen Rednern die Notwendigkeit hervorgehoben, die Zentrale durch weitere Kräfte zu verstärken.

Am Schluß der Diskussion ergriff auch Genosse Baerent vom ADGB das Wort. Er führte dabei aus: „Wenn auch die Gemüter hart aufeinandergeplagt sind, so konnte man aber doch den guten Eindruck gewinnen, daß alle Delegierten das Wohl der Organisation als Höchstes betrachten. Die Arbeiterschaft ist durch die Koalitionspolitik und Arbeitsgemeinschaft gewiß nicht geschädigt worden. An der Bildung der Arbeitsgemeinschaften hatten beide Teile Interesse. Wir erstrebten diese schon 1914. Wenn wir die sozialistische Wirtschaft aufbauen wollen, müssen wir Leute dazu heranzubilden und die Fäden der Wirtschaft in die Hand zu bekommen versuchen. Dazu dient die Arbeitsgemeinschaft mit.“

Die größte Organisation (Metallarbeiterverband) hat zwar nie der Arbeitsgemeinschaft angehört. Sie ist aber im Eisenwirtschaftsbund, der auch eine Arbeitsgemeinschaft ist, nur unter anderem Namen. Lehnt man die Arbeitsgemeinschaft aus Prinzip ab, dann muß man es konsequenterweise auch ablehnen, über Lohn- und Tariffragen mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Keiner der die Arbeitsgemeinschaft angreifenden Diskussionsredner hat uns bessere Wege gezeigt. Das Betriebsrätegesetz muß erst erprobt und dann den gemachten Erfahrungen entsprechend verbessert werden. Die Betriebsräte können es auch nicht allen Leuten recht machen. Es gibt da recht oft Sturm. Der Betriebsrat macht einem anderen Platz, der sich aber auch nicht zur Zufriedenheit aller betätigen kann.

Man soll auf die Verschmelzung bzw. auf die Schaffung von Industrieverbänden nicht zuviel Hoffnungen setzen. Fest steht aber, daß größere Verbände vorteilhafter sind. Der Weg dazu ist ja nun durch die vom Gewerkschaftskongress angenommene Resolution ebnen. Wir streben alle die sozialistische Wirtschaft an. Aber in unserem Streben werden wir durch die uns noch fernstehenden, anderen Organisationen angehörenden Arbeiterkreise gehemmt. Wir müssen deshalb bemüht sein, die Millionen christlich Organisierten und die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter in einer geschlossenen Organisation mit uns zu vereinen.“

Aus den Schlussworten der Berichterstatter geben wir hier nur einige Ausführungen des Verbandsvorsitzenden Wollmann wieder:

„Ich bitte nicht mehr Kritik erwartet, zumal man draußen öfter gesagt hat: Dieser Vorstand muß beseitigt werden.“ Doch das kann man in der Kritik hier recht wenig wahrnehmen. Vor allem hat sich die Kritik auf meine Person zugespielt, weil man in mir eben ganz naturgemäß den Träger des Systems, das man als nicht mehr für zeitgemäß hält, sieht. Wenn man das System beseitigen will, muß man aber ein anderes bereit haben, und ein solches hat man noch nicht gefunden. Wir brauchen auch nicht um etwas Besseres zu bitten, denn mit bestem Gewissen können wir sagen,

daß wir alles mögliche getan haben. Ueber die Arbeitsgemeinschaft hat man schon in Martredwitz kritisiert, und es ist damals beschlossen worden, weiter in derselben mitzuwirken. Der Vorstand hat also im Auftrage einer Generalversammlung gehandelt. Auch über die Tariffrage ist in Martredwitz gestritten worden, und wir haben den damaligen Beschlüssen entsprechend an der Tarifgemeinschaft bisher festgehalten. Ich selbst beklage es, daß wir die Internationale bis jetzt noch nicht wieder errichten konnten. Wir waren vor dem Krieg in der Internationale führend und werden es bestimmt wieder.

In der Frage der Industrieverbände besteht noch keine vollkommene Klarheit. Soll der Aufbau ein horizontaler oder ein vertikaler werden? Der Bundesvorstand wird ja nun auf Beschluß des Gewerkschaftskongresses die erforderliche Klarheit schaffen.“

Die Behandlung der Geschäftsberichte hatte den zweiten und dritten Verhandlungstag in Anspruch genommen.

Am vierten Verhandlungstag begann Kollege Griesbach mit dem Bericht über den Gewerkschaftskongress. Wir brauchen hier nicht auf Einzelheiten darüber einzugehen und verweisen auf die in den Nummern 27, 28 und 29 der „Ameise“ veröffentlichten Berichte.

Um 11 Uhr vormittags wurde der Bericht unterbrochen und die Delegierten folgten einer Einladung der Meißener Mitglieder zur Besichtigung der staatlichen Porzellanmanufaktur in Meissen. Dort wurden die Delegierten in der Empfangshalle der Manufaktur von einer Sängerschar und dem Leiter des Werkes, Herrn Direktor Pfeifer, begrüßt. Kollege Wollmann dankte für die Einladung und Begrüßung. Nach der Besichtigung blieben die Delegierten noch einige Stunden im Kreise der Meißener Mitglieder.

Der fünfte Verhandlungstag wurde mit einer Geschäftsordnungsdebatte betr. Abstimmung über einen Antrag auf Entlastung des Vorstandes eingeleitet. Es wurde in namentlicher Abstimmung mit 85 gegen 35 Stimmen folgender Antrag angenommen:

„Die Generalversammlung erkennt an, daß der Verbandsvorstand in jeder Beziehung bemüht gewesen ist, seine Pflicht zu erfüllen und den Interessen der Mitglieder zu dienen. Sie erklärt daher den Gesamtvorstand für die vergangene Geschäftsperiode als entlastet und spricht ihm und insbesondere dem am meisten zu Unrecht angegriffenen Verbandsvorsitzenden Wollmann ihr vollstes Vertrauen aus.“

Nach erfolgter Abstimmung gaben einige Delegierte die Erklärung ab, daß sie deshalb gegen den Antrag gestimmt hätten, weil sie der Formulierung des zweiten Teils nicht hätten zustimmen können.

Sodann vollendete Kollege Griesbach den Bericht über den Gewerkschaftskongress. In der Diskussion bildeten besonders die Arbeitsgemeinschaften und die 10 Punkte die Angriffsobjekte für die Opposition.

Auf ein Schlusswort verzichtete Kollege Griesbach.

Es wurde beschlossen, an diesem Tage nach einer zweistündigen Pause eine Nachsitzung abzuhalten. In derselben wurde eine Anzahl die „Ameise“ betreffenden Anträge dem Verbandsvorstand und der Redaktion als Material bezw. zur Erwägung überwiesen. Ein Antrag, die Verbandsstatistik weiter auszubauen, sowie Veröffentlichung resp. Verbreitung von Vorstandsmitteilungen betreffende Anträge, ferner solche auf Abschluß von Tarifverträgen für die Emaille-, Terrakotta- und Figurenbranche und auf Anstellung weiterer Gauleiter wurden dem Vorstand zur Prüfung überwiesen. Abgelehnt wurden die Anträge, die die Anstellung und Abberufung der Gauleiter den Gauen selbst übertragen wollen. Der Antrag der Zahlstelle Gilmersdorf, die Gaukommission durch die Zahlstelle Gilmersdorf wählen zu lassen, wurde für erledigt betrachtet, nachdem Wollmann erklärt hatte, daß, wenn die Gilmersdorfer Mitglieder zur Wahl bereit sind, dem Wunsche nichts im Wege stehe. Den Gauleitern zur Berücksichtigung überwiesen wurde ein Antrag, gemeinsam mit den Betriebsräten systematische Feststellungen über die örtlichen Verdienste und Lebenshaltungskosten zu machen. Durch die Aussprache für erledigt betrachtet wurde ein Antrag, durch den die Gauleiter beauftragt werden sollen, in bestimmten Zeiträumen alle Zahlstellen zu besuchen. Die Anträge auf Einrichtung von Jugend- und Lehrlingssektionen wurden abgelehnt, nachdem durch eine Erklärung Wollmanns festgestellt worden war, daß es Sache der Zahlstellen sein muß, alle Mittel zur Gewinnung und Durchbildung der Jugendlichen und Lehrlinge anzuwenden. Angenommen wurde der Antrag: „Dem gesamten einschlägigen Bildungswesen, wie auch der Aufklärung über alle für uns wichtigen und interessanten Vorgänge ist seitens der Verbandszentrale verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.“ Dem Vorstand und den Zahlstellen zur Berücksichtigung überwiesen wurde ein Antrag: „Mittel und Wege zu finden, mehr weibliche Vertrauenspersonen heranzuziehen und auszubilden.“ In die Kommission für die Vorschläge zur Vorstandswahl und Regelung der Gehälter wurden die Kollegen

Stang-Freienorla, Müller-Rahhütte, Freina-Selb, Kröhne-Dresden, Eichmann-Staffel, Zander-Magdeburg und Stängle-Schorndorf gewählt.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde hierauf der Tagesordnungspunkt: „Unser Tarifwesen“ behandelt. Das Referat hierzu hatte Verbandschriftführer Karl übernommen. Da abends noch vor Beendigung des Referates der Saal geräumt werden mußte, wurde das Referat am sechsten Verhandlungstage zu Ende geführt. Nach mehrstündiger Diskussion wurde eine fünfköpfige Kommission (Wredow, Erdmann, Girsch, Karl und Uhlmann) eingesetzt und beauftragt, das Ergebnis der Aussprache in einer Entschliebung zusammenzufassen. Diese dann nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit einstimmig angenommene Entschliebung hat folgenden Wortlaut:

„Die Generalversammlung erklärt nach einem ausführlichen Referat des Verbandssekretärs Karl und einer eingehenden Diskussion über das Tarifwesen in der feinkeramischen Industrie folgendes:

Die Verbandsfunktionäre, sowie auch die aus den Betrieben an den Verhandlungen beteiligt gewesenem Kollegen haben voll auf ihre Pflicht getan. Es ist die Auffassung der Generalversammlung, daß auch in Zukunft an der tariflichen Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen festzuhalten ist. Um aber eine bessere Garantie für die fernere Haltbarkeit unseres Vertragsverhältnisses zu schaffen, müssen nach den verschiedensten Richtungen hin noch wesentliche Verbesserungen angestrebt werden.

Besonderer Wert ist zu legen auf:

1. eine gerechtere Ortsklasseneinteilung;
2. Erweiterung der tariflichen Rechte entsprechend den §§ 615 und 616 des BGB;
3. tariflichen Ausbau der Rechte der Arbeiterräte bei Einstellungen und Entlassungen;
4. den Ausbau der Urlaubsbestimmungen;
5. die tarifliche grundsätzliche Anerkennung und Durchführung der 48stündigen Wochenarbeitszeit für Brenner;
6. einen besseren Aufbau der Entlohnung, unter gerechter Anpassung der tariflichen Mindestlöhne an die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse;
7. Aufnahme zwingender Vorschriften gegen die Staubgefahr und für den Gesundheitsschutz in den Tarif.

Die Generalversammlung erwartet auch von den Arbeiterräten und den behördlichen Aufsichtsorganen eine stärkere Unterstützung dieser Bestrebungen.“

Die Anträge, betreffend Unterstützung der Arbeits- und Kriegsinvaliden, sowie der Altersrentner, gelten durch die Entschliebung des Gewerkschaftskongresses für erledigt. Ein Antrag wurde angenommen: „Die Generalversammlung fordert vom Vorstand, von Zahlstellenverwaltungen, Betriebsräten und allen Mitgliedern unaufhörlich und mit allen Mitteln auf dem Gebiete der Gewerbehygiene fördernd und bessernd zu wirken. Abgelehnt wurde der Antrag, den roten Gewerkschaftskongreß durch Delegierte zu beschicken.“

Am siebenten Verhandlungstage wurde mit der Behandlung der gestellten Anträge fortgefahren. Die die 10 Punkte des ADGB betreffenden Anträge wurden durch die Entschliebung des Gewerkschaftskongresses für erledigt erklärt. Bezüglich der Bescheidung des nächsten Gewerkschaftskongresses soll es bei dem auf der letzten Generalversammlung beschlossenen Verfahren bleiben, nach welchem zwei Delegierte vom Verbandsvorstand gestellt und die übrigen durch Urwahl gewählt werden. Der Antrag, bei künftigen Kämpfen nicht in Teilstreiks einzutreten, sondern den Kampf auf der ganzen Linie zu eröffnen, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß man sich im Voraus nicht festlegen kann, da dies lediglich eine Frage der Taktik sei. Die sich mit der Verschmelzung mit anderen Verbänden bezw. der Schaffung von Industrieverbänden befassenden Anträge wurden durch den Beschluß des Gewerkschaftskongresses für erledigt erklärt.

Den Bericht der Anstellungskommission gab Kollege Zander. Die Kommission machte folgende Vorschläge: 1. Vorsitzender: Wollmann; Schriftführer: Karl; 1. Kassierer: Herden; 2. Vorsitzender und Sekretär: Apel; 2. Kassierer: Hillmer und Redakteur: Renninger-Wahrenth. Als Hilfskassierer wurden Drehme-Ilmenau und Fritsch-Schönwald vorgeschlagen. Dem Vorstand wurde empfohlen, an die jetzige Stelle des Kollegen Apel den Kollegen Erdmann-Gräfenenthal zu wählen. Bei der durch Stimmzettel vorgenommenen Wahl wurden die Vorgesetzten mit 95—119 Stimmen gewählt. Apel machte seine Zustimmung von einer Rücksprache mit seiner Familie abhängig. Die Wahl erstreckte sich nicht auf die Hilfskassierer und den eventuell für Thüringen zu wählenden Bauleiter. Deren Anstellung steht dem Vorstand zu.

Der Bericht der Statutenberatungskommission wurde vom Kollegen Hillmer gegeben. Die Vorschläge der Kommission wurden mit geringfügigen Änderungen angenommen. An dieser Stelle wollen wir nur die Beschlüsse, die direkt die Kampfkraft der Organisation stärken, hervorheben:

Ab 31. Juli sind die gegenwärtig geltenden Beiträge in doppelter Höhe zu entrichten, und ab 1. Oktober treten die neuen Beiträge nach folgender Staffelung in Kraft:

Der wöchentliche Beitrag beträgt für jugendliche Mitglieder unter 16 Jahren 5 Mt. pro Woche, für alle übrigen Mitglieder bei einem Wochenverdienst

	bis	600 Mt.	=	8 Mt.	pro Woche
über	600 Mt.	1000	=	15	„
„	1000	1500	=	22	„
„	1500	2000	=	30	„
„	2000		=	40	„

Die Unterstützungssätze haben eine entsprechende Erhöhung erfahren. Die Karenzzeit bei Lebensversicherung wurde von 52 auf 26 Wochen herabgesetzt. Bei Streit- und Maßregelungsunterstützung wurde für Mitglieder, die 260 Wochenbeiträge und mehr nachweisen können, eine besondere höhere Unterstützungsstaffel eingeführt. Der Beitragseinschätzung ist nunmehr nicht mehr der Durchschnittsverdienst der letzten 52 Wochen, sondern der der letzten vier Wochen zugrunde zu legen.

Am achten Verhandlungstage wurde der Bericht der Gehaltskommission, den Kollege Zander gab, entgegengenommen und den von dieser gemachten Vorschlägen zugestimmt.

Die Anträge, die die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen berührten, wurden der Tarifverhandlungskommission überwiesen.

Eine neue Einrichtung für unseren Verband wurde durch die Generalversammlung beschlossen: Dem Vorstand soll zur Beratung wichtiger Angelegenheiten ein Beirat zur Seite stehen. Dieser soll aus 12 Personen bestehen, die von folgenden Zahlstellen zu wählen sind: Bonn, Selb, Weiden, Kronach, Dresden, Waldenburg, Ilmenau, Rahla, Gräfenenthal, Zell, Teltow und Neuhaldensleben. Hierbei sei auch bemerkt, daß dem Vorstand das Recht zuerkannt wurde, im Bedarfsfalle gemeinsam mit dem Beirat die Beiträge ohne Mitgliederabstimmung zu erhöhen.

Nach sehr reger Diskussion wurde ein Antrag auf Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft in namentlicher Abstimmung mit 89 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Verbandsort bleibt Berlin, Sitz der Beschwerdekommision Eisenberg.

Zu Verbandsrevisoren wurden gewählt: Henning, Itmer und Karl Müller; als deren Vertreter: Krebs, Severin und Heine (sämtlich Mitglieder der Zahlstelle Berlin-Charlottenburg).

Künftig soll auf 1000 (bisher 500) Mitglieder ein Delegierter zur Generalversammlung entfallen. Die nächste Generalversammlung soll in Koburg stattfinden.

Es ist uns leider nicht möglich, in der „Ameise“ noch ausführlicher über die Tagung unseres Verbandsparlaments zu berichten. Wir können nur das hauptsächlichste anführen und müssen darauf verzichten, auf die im allgemeinen recht wertvollen Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner einzugehen, auch auf die sich einigemal erregt gestalteten Auseinandersetzungen zwischen der Mehrheit des Verbandstages und der Opposition gehen wir an dieser Stelle nicht näher ein. Unsere Mitglieder haben ja mit dieser Stelle nicht näher ein. Unsere Mitglieder haben ja mit wenig Ausnahmen Gelegenheit, der mündlichen Berichterstattung der Delegierten beizuwohnen, und dabei werden sie ja noch von so mancher interessanten Einzelheit Kenntnis erlangen.

Wir wollen aber noch einiges aus den Schlüsselaussführungen des Kollegen Wollmann hervorheben. Nachdem er den Dresdener und Meißener Mitgliedern den Dank der Generalversammlung für die großartigen Darbietungen ausgesprochen hatte, sagte er u. a.: „Ich glaube, konstatieren zu dürfen, daß meine Annahme, daß wir am Schluß der Generalversammlung doch einiger sein werden, als am Anfang, sich erfüllt hat. Wenn wir auch in Einzelheiten verschiedene Meinungen haben, einig aber sind wir in dem Willen: Alles muß im Interesse der Organisation getan werden. Vor praktische Fragen gestellt, müssen sich Gewerkschaftler immer einig werden. Wäre es nicht so, wären die Gewerkschaften schon längst erledigt. Es ist sehr wertvoll, daß sich die Meinungen auf unserer Generalversammlung so geklärt haben. Dadurch ist das gegenseitige Vertrauen gestärkt worden. Wir haben durch unsere Beschlüsse unsere Klasse den Notwendigkeiten entsprechend gestärkt und wir sind uns sicher, daß unsere Mitglieder das für richtig finden. Wir lassen uns durch die gegenwärtigen Nöte und Tageskämpfe nicht hoffnungslos stimmen, sondern sind von der Macht unserer Organisation überzeugt. Und wir werden neue Hoffnung und Begeisterung hinaustragen und den Willen etwaiger Wankelmütigen

stärken. Wir wissen und werden es weiter beweisen: Organisation ist nicht Zweck, Organisation ist unsere Macht! Alles für die Organisation!

Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband, in das die Delegierten begeistert einstimmten, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Auf eines müssen wir aber noch an dieser Stelle verweisen, und zwar auf den von unseren Dresdener und Meißener Mitgliedern am ersten Beratungstage, abends, zu Ehren der Delegierten veranstalteten Festkommers. Nach der Devise: „Für unsere Kollegen ist gerade das Beste gut genug“, wurde uns ein nach jeder Richtung hin vorzügliches Programm geboten. Das Urteil der Delegierten war allgemein: „So etwas Großartiges konnte uns nur Dresden bieten“. Nach Abwicklung des Programms hatten wir noch Gelegenheit, eine großzügig angelegte Begrüßungsrede des sächsischen Ministerpräsidenten, Genossen Buß, zu genießen. Allen an dem Gelingen dieses Abends Mitwirkenden sei hiermit nochmals lobend gedankt.

Mit Ablauf der Woche ist der 31. Wochenbeitrag fällig.

Gelegter Grenzstreit.

Zwischen dem Deutschen Werkmeisterverband und unserer Organisation bestanden seit längerer Zeit Grenzstreitigkeiten. Auf Anruf des Werkmeisterverbandes nahm sich der Bundesvorstand der Sache an und es wurde auf dessen Veranlassung hin, da auf andere Weise eine Verständigung nicht erreicht werden konnte, am 7. Juni 1922 über diese Streitangelegenheit vor einem unter dem Vorsitz des Genossen Graßmann (Bundesvorstand) tagenden Schiedsgericht verhandelt. Dabei wurde auf Grund folgender Vereinbarung eine Einigung erzielt:

„Alle technischen Betriebsangestellten mit Aufsichts- und Leitungsbefugnissen, die gegen feste Bezüge und der für Werkmeister gesetzlich festgelegten Kündigungsfrist beschäftigt werden, gehören zum Verbegebiet des Deutschen Werkmeisterverbandes. Grenzfälle unterliegen von Fall zu Fall der Verständigung zwischen den Verbandsvorständen des Deutschen Werkmeisterverbandes und des Verbandes der Porzellanarbeiter.“

Unter Berücksichtigung des vorstehenden wurde weiter vereinbart:

„Der gegenwärtige Befehlsstand an Mitgliedern wird gegenseitig ohne Vorbehalt anerkannt. Die beiden Verbände enthalten sich deshalb jeden Druckes auf ihre in Betracht kommenden Mitglieder und überlassen diesen selbst die Entscheidung, ob sie weiterhin dem Porzellanarbeiterverband oder dem Deutschen Werkmeisterverband angehören wollen.“

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Kampf gegen die Außenhandelsstellen und die Ausfuhrabgabe. — Die bürgerlichen Parteien für eine Abschwächung der Wuchergesetze. — Die Lohnfrage in Deutschland. — Die Garantiekommision. — Die Gauger Konferenz. — Die Getreideanleihe in Rußland.

Aus den Interessentengruppen der Industrie und des Handels versucht man mit viel Eifer und Ausdauer den Nachweis zu führen, daß wir in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht mehr mithalten können. Man sagt, daß die Spanne, die zwischen Inlands- und Auslandspreis bestand, immer mehr verschwindet und damit der Vorprung aufgehoben wird, den die deutsche Industrie bisher gegenüber dem Ausland besaß. In Verbindung damit steht eine ganz planmäßige Agitation für die Aufhebung der Außenhandelsstellen und die Aufhebung der Ausfuhrabgaben. Man will einen freien und uneingeschränkten Warenverkehr, der sich durch irgendwelche behördliche Maßnahmen oder finanzpolitische Belastung nicht gehindert sieht. Diese ganze Agitation ist ein Symptom für die stark kapitalistische Tendenz, die keine Hemmungen in ihrer Ausweitung ertragen will. Die Sozialdemokratie hat wiederholt auf das Ungefunde der Einwandlung hingewiesen, als die Inlandspreise weit über das Maß des Zulässigen und volkswirtschaftlich Begründeten hinaus sich erhoben. Es muß dabei gesagt werden, daß die gesamten Interessenten des Handels und der Industrie immer wieder betonen haben, daß gerade diese Ausgleichung an den Weltmarktpreis die notwendige Voraussetzung für eine gesunde innere wirtschaftspolitische Entwicklung ist. Es hat nichts gemüht, daß von unserer Seite immer darauf hingewiesen wurde, daß, sobald eine Besserung der Marktlage zu verzeichnen ist, bei einem Ausgleich der Inlands- und Auslandspreise diese Veränderung in unserer Balance schwer nachteilig vom Außenhandel getragen werden

müßte. Jetzt, wo wir so ziemlich die Ausgleichung in der Preislage gefunden haben, mehrten sich allerdings die Stimmen, die das Bedenkliche eines solchen Zustandes hervorheben. Dennoch bleibt bei dem schlechten Stand der Marktlage eine erhebliche Spanne zwischen Inlands- und Auslandspreis, der die Konkurrenz der deutschen Industrie noch in eine sehr vorteilhafte Stellung rückt. Die Aufhebung der Ausfuhrabgabe ist ganz unangebracht; im Gegenteil, es würde sich bei dem gegenwärtigen Stand der Marktlage empfehlen, die Ausfuhrabgabe erheblich zu erhöhen, um einen Teil der Ausfuhrgewinne, die unberechtigterweise den kapitalistischen Interessenten zufallen, der Finanzverwaltung zugute kommen zu lassen.

Ganz in derselben Richtung bewegen sich auch die Angriffe gegen die Verordnung über die Preistreiberi und die Wuchergesetze. Es ist bezeichnend, daß im Reichstag, als kurz vor der Beratung die Anwendung dieser Gesetze besprochen wurde, alle bürgerlichen Parteien ihre Vertreter vorschickten, um eine Erleichterung in der Anwendung der Wuchergesetzgebung zu verlangen. Dabei ist es sehr bezeichnend, daß insbesondere die Angestellten großer Industriegruppen das Wort führten. Da ist Herr Sitowich, der Leiter eines Industrieverbandes, Herr Kleinath, der Vertreter des Großhandels, Herr Hammer, der Wortführer des Handwerks, die alle übereinstimmten: es muß eine Erleichterung der Wuchergesetzgebung herbeigeführt werden, so daß übermäßige Preisfestsetzung nicht mehr mit der Schärfe verfolgt werden kann, wie es gegenwärtig der Fall ist. Allerdings betonten alle die Herren, daß sie weit davon entfernt sind, dem Wucher das Wort zu reden; im Gegenteil, sie wollen mit aller Schärfe dem Wucher zu Leibe gehen, aber was Wucher ist, definieren sie so, daß schließlich für die Anwendung eines Wuchergesetzes überhaupt kein Raum mehr bleibt oder nur einige ganz unverschämte Ausschreitungen gefaßt werden können. Damit ist in der gegenwärtigen Zeit unserem Volke nicht gedient. Ebensovienig läßt sich der Standpunkt als berechtigt anerkennen, daß bei der Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage nun alle Lasten und alle Risiken dem Verbraucher auferlegt werden. Die Industrie und der Handel, die in der zurückliegenden Zeit reichlichen Gewinn zu verzeichnen hatten, haben selbst dafür zu sorgen, daß sie mit Vorsicht ihr Finanzgebaren betreiben und nicht die Gewinne zur Anlage und Erweiterung ihrer Unternehmungen verwenden, um dann die Forderung zu stellen, daß, wenn höhere Betriebskapitalien verlangt werden, diese Lasten restlos in der Preisbildung auf die Schultern der Verbraucher überladen werden.

In diese Klagen mischt sich bereits aus Industriekreisen das Verlangen, die Löhne im Inland abzubauen. Bemerkenswert ist, was darüber die „Industrie- und Handelszeitung“ in Nr. 152 ausführt:

„Nicht nur im Bergbau, sondern auch in anderen Industrien mehrten sich die Anzeichen, daß die Preise der Industrieerzeugnisse den Weltmarktpreis erreicht oder überschritten haben und daß die ausländische Industrie nicht nur die deutsche auf ausländischen Weltmärkten verdrängt, sondern auch den Absatz im deutschen Inlande einengt. Erneut ist in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen, daß der Lohnabbau im Auslande weiter fortschreitet und damit eine Verbilligung der ausländischen Produktion eintritt, die sich in einem weiteren Nachlassen der Weltmarktpreise bemerkbar machen kann und damit zu einer weiteren Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Ausland- und Inlandmarkt führen muß. Daß das Ausland diesem Ziel schon näher gekommen ist, beweist die Verminderung der deutschen Ausfuhrmengen. Es kann gar kein Zweifel sein, daß in der Verminderung der deutschen Ausfuhr sich die Verteuerung der deutschen Gestehungskosten seit Februar dieses Jahres auswirkt und daß dabei neben der Verteuerung der Kohlen und Frachten auch die Steigerung der Löhne ihren bedeutenden Anteil hat.“

Gewiß sind die Löhne im Ausland in den letzten Monaten stark herabgedrückt, aber zu gleicher Zeit sind auch die Preise für Lebensmittel, besonders in England und Amerika, erheblich rückwärts gegangen. Dennoch bleibt im Vergleich mit den Löhnen in Deutschland — umgerechnet nach unserer Leistung — eine so große Differenz, daß diese Lohnherabsetzungen im Ausland nicht die Erklärung für die Annäherung unserer Warenpreise an den Auslandsmarkt abgeben. Hier beruft man sich auf den Rückgang der Löhne im Ausland nur in der Absicht, auch in Deutschland unter dem Vorwand, daß wir nicht mehr konkurrenzfähig sind, zum Lohnabbau überzugehen. Dafür liegt ein berechtigter Grund nicht vor. Industrie und Handel werden sich aber auch darüber klar werden müssen, daß die übermäßigen Gewinne, die sie im Außenhandel erzielt haben, nunmehr eine gewisse, durchaus tragbare Beschränkung erfahren müssen. Die kapitalistischen Interessentengruppen werden sich daran gewöhnen müssen, einmal wieder genau zu kalkulieren und es wird nicht minder notwendig sein, daß die Regierung Maßnahmen

ergreift, die geeignet sind, das Verschleppen deutschen Kapitals nach dem Ausland zu verhindern.

Unter den vielen ungünstigen Einwirkungen auf unser Wirtschaftsleben tritt die Unsicherheit, welche Entscheidung in der Reparationsfrage zu erwarten ist, stark hervor. Die Garantiekommision, welche von den Entente nach Berlin entsandt wurde, um hier die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen, hat sich während vier Wochen sehr eingehend mit allen finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigt. Es sind der Kommission bereitwillig alle Erklärungen abgegeben, die sie verlangte. Man hat keine Bedenken getragen, ihr einen sehr weitgehenden Einblick auch in die Verwaltung zu gestatten. Die Regierung konnte dies tun, weil sie nichts zu verbergen hatte und alle ihre Maßnahmen, die bisher ein gewisses Mißtrauen der Entente hervorgerufen hatten, eine sachliche Nachprüfung ertrugen. Die Kommission hat eine Anzahl Forderungen gestellt, die nach ihrer Meinung von der deutschen Regierung erfüllt werden müßten. Es sind im wesentlichen Sachen, die einen Einblick in unser Finanzgebaren verlangen; aber man hat sich verständigerweise ferngehalten, eine Anforderung zu stellen, die dahin geht, direkte Eingriffe in das Statut der Regierung oder das Parlament vorzunehmen. Es handelt sich um regelmäßige Mitteilungen über Änderungen im Etat, die Eingänge unserer Steuern, die Maßnahmen, die ergriffen werden, um die Eingänge der Steuern zu sichern, und um das Verlangen, der Kapitalflucht nach dem Ausland schärfer zu begegnen.

So wenig angenehm dies Verlangen ist, hält es sich dennoch in den Grenzen, daß die Ausführung möglich wird, besonders dann, wenn damit eine längere Stundung der Reparationsleistung verbunden wird, das ist für uns das wichtige und entscheidende. Die Stundung würde uns finanziell eine erhebliche Erleichterung verschaffen. Dabei muß allerdings betont werden, daß es sich nur um eine Stundung der Goldzahlungen handelt, nicht aber um eine Aufgabe der Sachleistungen. Die Sachleistungen, die nach den Beschlüssen von Cannes auf 1450 Millionen Mark Gold bemessen wurden, sind immer noch eine schwere Belastung; aber gegen das, was man bisher aus uns herausgepreßt hat, bedeuten sie eine große Erleichterung. Man wird natürlich abwarten müssen, ob nunmehr, nachdem die Garantiekommision nach Paris zurückkehrt, und die Reparationskommission die Gesamtlage prüft, die von der deutschen Regierung geforderte Stundung der Goldzahlung gewährt wird. Diese Goldzahlung betrug 720 Millionen Mark. Es ist kaum denkbar, daß die Entente annehmen wird, Deutschland kann die ihm auferlegten Zahlungen weiter leisten. Aber von Wert wird es sein, eine Stundung zu erhalten, die sich nicht nur über einen kurzen Zeitraum, sondern auf einige Jahre erstreckt, damit wir zu einer wirtschaftlichen Gesundung kommen.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Haager Konferenz, auf der eine Verständigung zwischen der russischen Regierung und der Entente erfolgen sollte, bisher zu keinem Ergebnis geführt. Der Verlauf dieser Konferenz läßt deutlich erkennen, wie berechtigt das Vorgehen der deutschen Regierung in Genua war, in einem besonderen Abkommen mit der russischen Regierung das Verhältnis mit dem großen Nachbarstaat zu ordnen. Deutschland wäre, wenn es an den Verhandlungen in Haag teilnehmen müßte, nur in die unangenehme Situation gekommen, an der Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Rußland ohne eigenes Interesse teilzunehmen und diese Stellungnahme konnte nur nach der einen oder anderen Seite eine Schädigung seiner eigenen Interessen zur Folge haben. Solange die Entente und insbesondere Frankreich eine Verständigung mit Rußland in der Konzession für ihre geschädigten Bürger auf rein kapitalistischem Interessengebiet zu lösen sucht, werden sie mit einem sehr entschiedenen und harten Widerstand der russischen Regierung rechnen müssen. Dabei macht es einen geradezu komischen Eindruck, von einer Regierung, die finanziell vollständig bankrott gemacht hat, nunmehr Zugeständnisse in bezug auf Anerkennung von Entschädigungen für ausländische Interessenten zu verlangen. Es ist ein eigenartiges Spiel, was sich auf dieser Konferenz vollzieht, allerdings nur eine Fortsetzung dessen, was sich in Genua bereits vollzog, daß die russische Regierung erklärt: wir wollen gewisse Anerkennung der geschädigten Kapitalisten durchaus nicht von der Hand weisen, wenn uns die Entente einen Kredit gewährt, der es uns erst ermöglicht, wieder aus unserer bedrängten Finanzlage herauszukommen.

Die russische Regierung hat die Auflage einer sehr eigenartigen inneren Anleihe verfügt. Man gibt eine sogenannte Getreideanleihe heraus, d. h. es werden Obligationen angeboten, die auf eine bestimmte Menge Brotgetreide lauten. Die Lieferung

dieses Getreides soll in den Monaten Dezember dieses Jahres und Januar nächsten Jahres erfolgen. Das Pud Getreide wird mit 35 Goldrubel in der Anleihe festgelegt. Der Käufer dieser Obligationen muß aber dazu die neuen Geldzeichen, die in diesem Jahre herausgegeben wurden, verwenden, die so umzuwechseln sind, daß für einen neuen Rubel, den man fälschlicherweise als Goldrubel bezeichnet, 10 000 Papierrubel eingebracht werden müssen. Die Höhe der Anleihe ist auf 10 Millionen Pud Getreide festgelegt. Es ist außerdem angeblich ein Garantiefonds von 10 Millionen Goldrubel vorhanden. Man nimmt an, daß diese Goldsicherheit aus den Erträgen der Beschlagnahme des Reicheneigentums gewonnen ist. Für die Anleihe besteht ein bestimmter Anreiz, denn bei der schlechten Versorgung mit Brot würde der Inhaber einer solchen Obligation eine Sicherstellung seines Bedarfs haben. Er kann die Obligationen in Mehl umtauschen und die Mühle kann sich auf Grund dieser Obligationen das Getreide beschaffen. Die Voraussetzung ist nur, daß die Regierung imstande ist, das Getreide zu liefern. Aus der heimischen Produktion will man die Naturalabgabe, die man von den Bauern fordert, dazu verwenden, und wenn diese nicht langt, oder ihr Eingang nicht gesichert ist, müßte der Garantiefonds zum Aufkauf von Getreide im Ausland Verwendung finden. Bei den unsicheren wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen im Lande ist leider wenig damit zu rechnen, daß die Naturalabgabe voll eingeht und dann würde die Aktion nicht die Sicherheit bieten, die für eine gute Einführung einer solchen recht eigenartigen Anleihe geboten ist. Der Vorteil für die russische Regierung wäre der, daß sie durch die Anleihe in den Besitz von Geldmitteln käme, die ihr bei der gegenwärtigen Finanzlage sehr zufließen käme.

Zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Von Th. Kozur.

Auf dem für die deutsche Arbeiterbewegung historischen Boden in Leipzig, wo im Jahre 1863 unter Beteiligung von nur 11 Delegierten die Gründung der Sozialdemokratischen Partei erfolgte, trat am 18. Juni eine Wendung im Schicksal der deutschen Beamtenbewegung ein. Diesmal waren es 62 Pioniere der Beamenschaft aller Dienstzweige des Reiches, der Länder und Gemeinden, die eine neue gewerkschaftliche Spitzenorganisation ins Leben riefen. In der Öffentlichkeit kann der Eindruck entstehen, als handle es sich bei der Neugründung um eine überstürzte Maßnahme. Dies ist nicht der Fall. Im Gegenteil! Der Gründung gingen langwierige Verhandlungen voraus, die von den Beteiligten ein großes Maß von Geduld und Energie erforderte.

Daß der Deutsche Beamtenbund, die angeblich parteipolitisch neutrale Spitzenorganisation, eines schönen Tages zerfallen müßte, war für den Eingeweihten längst klar. Die Mißerfolge auf dem Gebiete der Rechts- und Besoldungsverhältnisse und das Fehlen gewerkschaftlicher Grundsätze haben die Keime zu dem Zerfallsprozesse gelegt, der jetzt vor aller Welt sichtbar in Erscheinung tritt. Im Jahrbuch des Deutschen Beamtenbundes für den Monat Mai bringt Dr. Heinz Potthoff eine vernichtende Kritik über die Mitarbeit des genannten Bundes am Entwurf eines Beamtenengesetzes. Potthoff weist nach, daß der Deutsche Beamtenbund den Boden des Arbeitsrechts für Arbeiter, Angestellte und Beamte verläßt.

Soweit die Besoldungspolitik in Betracht kommt, kündete schon am 14. März 1920 das führende Blatt der Eisenbahnbeamten dem Deutschen Beamtenbund an, daß es „eine solche Politik nicht mehr lange mitmache“. Diese verkehrte Besoldungspolitik zeigte sich erneut im Dezember 1920, als eine Erhöhung der Teuerungszulagen gefordert wurde, und sie machte sich später bei jeder weiteren Gehaltsbewegung bemerkbar. Dadurch wuchs die Erbitterung in den unteren Beamtengruppen immer mehr und ging auf die mittlere Gruppe über. Aber nicht nur die „gewerkschaftliche Richtung“, die in der Bundesleitung vorherrschende Grundsatzlosigkeit, sondern auch die reaktionäre Richtung. Das führende Blatt des Deutschen Beamtenbundes mußte sich z. B. am 4. März 1922 von von Bayerischen Verkehrsblättern, dem Organ eines dem Bunde angeschlossenen Verbandes, sagen lassen: „Die Gemeinschaft hat Zeit, in ihren Spalten allen möglichen standes- und sozialpolitischen Unsinn zu verzapfen, aber zu grundsätzlichen Fragen, wo es sich um Sein oder Nichtsein des Deutschen Beamtenbundes handelt, Stellung zu nehmen, dazu hat sie keine Zeit.“ Wer wundert sich angesichts dieser beschämenden Tatsachen über die jetzt, leider reichlich spät, erfolgte Spaltung des Beamtenbundes?

Der Gründung des neuen Beamtenbundes ging eine geschichtliche Tat voraus. Zwischen dem Deutschen Eisenbahnverband (437 000 Mitglieder) und der Reichsgewerkschaft Deutschen

Eisenbahnbeamten und -anwärter (220 000 Mitglieder) wurde eine Vereinbarung getroffen, die beide Verbände verpflichtet, „die gegenseitigen Angriffe in Wort und Schrift einzustellen“. Ziffer 6 der Vereinbarung lautet:

„Als letztes Ziel erstreben die unterzeichneten Verbände die Schaffung eines einheitlichen gewerkschaftlichen Macht factors für das gesamte Reichsbahnpersonal zur Erringung vorbildlicher Rechts-, Arbeits- und Besoldungsverhältnisse.“

Die erweiterten Vorstände der beiden Verbände stimmten in den Sitzungen am 16. und 17. Juni in Leipzig der Vereinbarung zu, die damit sofort in Kraft trat. Wer weiß, daß seit mehr als einem Jahre versucht wurde, die Verständigung herbeizuführen und welche Schwierigkeiten ihr im Wege standen, wird das jetzt gelungene Werk begreifen. Schon die vorläufige Vereinbarung veranlaßte zahlreiche andere Beamtenverbände, zu den neuen Situationen Stellung zu nehmen. Das Verhalten der Reichsgewerkschaft fand ein lebhaftes Echo und machte den Weg frei zur Gründung der neuen Spitzenorganisation.

Die in der Gründungsversammlung beschlossenen vorläufigen Satzungen des AOB enthalten folgende richtungweisende Sätze:

„Der Bund und die ihm angeschlossenen Verbände stehen auf dem Boden des uneingeschränkten Koalitionsrechts, das auch die Arbeitsverweigerung nach Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten in sich schließt.“

Der Bund ist religiös und parteipolitisch neutral. Die angeschlossenen Verbände sind zur Wahrung dieses Grundsatzes gehalten; sie sind verpflichtet, jede parteipolitische und religiöse Ueberzeugung in ihren Mitgliederkreisen unbestritten zu dulden.“

Diese Grundsätze sprechen klar und unzweideutig aus, daß eine wirkliche gewerkschaftliche Spitzenorganisation gegründet wurde, und daß es eine bewußte Irreführung ist, wenn der Versuch gemacht wird, den Bund als parteipolitisch abhängig hinzustellen.

Der AOB hat seine Tätigkeit bereits begonnen. Wir sind fest überzeugt, daß er sich nicht nur als lebensfähig, sondern auch als gewerkschaftliches Machtmittel im Kampfe um die Verbesserung der Lebenslage der Beamten erweisen wird.

Aus unserem Beruf.

Selb. Den Schieds- und Schlichtungsinstanzen viel Arbeit macht die Firma Krautheim & Adelberg in Selb. Betriebsratsgesetz und Tarifvertrag bestehen für die Firma nur soweit, als man damit die Arbeiterschaft niederhalten kann. Jrgendein Mitbestimmungsrecht bei Betriebsfragen wird dem Betriebsrat nicht gewährt. Die Firma ist ständiger Gast beim Gau- und Oberschiedsamt, sowie beim Gewerbegericht. Beim Schlichtungsausschuß wird es bald ratsam sein, eine besondere Kammer für Streitfragen Krautheim & Adelberg zu bilden. Trotzdem kann sich die Firma an ein friedliches Arbeiten mit ihrem Personal nicht gewöhnen. Herr Richard Krautheim bildet sich scheinbar ein, weil er einst königlich bayerischer Leutnant war, den Ludendorff im Betriebe herausstechen zu müssen.

Im Verlaufe eines Jahres hatten sämtliche Unternehmer aller Branchen von Selb zusammen nicht so viel Streitfälle vor dem Schlichtungsausschuß zu erledigen, als Krautheim allein. Auch die Unternehmerorganisation kann scheinbar nicht gegen diesen Herrn aufkommen. Nach Aussage des Herrn Krautheim kommt es ihm auf einige tausend Mark nicht an, wenn er einen ihm lästigen Arbeiter oder Betriebsrat aus dem Betriebe entfernen will. In letzter Zeit spielte wieder einmal eine Sache vor dem Schlichtungsausschuß, welche wir doch wert genug halten, daß sie in der Öffentlichkeit bekannt wird.

Ende April stellten die Brenner der Firma verschiedene Forderungen. (Inwieweit dieselben berechtigt waren, spielt heute keine Rolle mehr.) Da die Firma den Brennern keinerlei Zugeständnisse machte, glaubte ein Teil von diesen, seine Arbeitskraft besser verkaufen zu können und kündigte ordnungsgemäß das Arbeitsverhältnis. Diese Selbsterhaltung bewachte die Firma, nicht etwa, um sich neue Brenner zu beschaffen, sondern man glaubte, nun sei die Stunde gekommen, wo man alle diejenigen, welche einmal mit einem der geistreichen Herrschaften in Konflikt gekommen waren, auf die Straße setzen konnte. Die Vermittlung des Betriebsrates hielt die Firma nicht an. Als in letzter Stunde vorgeschlagen wurde, den Angestellten der Organisation zur Schlichtung dieser Streitigkeiten heranzuziehen, erklärte Herr Krautheim: „Für mich ist die Sache erledigt, und wenn der Vertreter der Organisation kommen sollte, so werde ich ihm etwas anderes sagen.“

Am 3. Juni kündigte die Firma fast den gesamten Rohbetrieb. Auf dringende Vorstellung des Betriebsrates wurde ein Teil der Kündigungen wieder aufgehoben. Ueber den anderen Teil hatte am 26. Juni der Schlichtungsausschuß zu entscheiden. Da die

Firma den Nachweis erbringen wollte, daß sie durch den Abgang von sieben Brennern die Entlassungen vornehmen mußte, suchte sie Brenner, aber sonderbarerweise wurde nur sehr selten einer eingestellt.

In dem Schlichtungstermin versuchte sich die Firma reinzuwaschen, indem sie anführte, die Kündigung der Brenner sei eine versteckte Streikmaßnahme und daher könne die Verordnung vom 12. Februar 1920 nicht angezogen werden. Trotzdem sich der Vertreter der Unternehmerorganisation die größte Mühe gab, fiel der Schiedsspruch zugunsten der Arbeiter aus. Die Firma mußte sämtliche Entlassenen wieder einstellen und den Lohnausfall, welcher durch die ungesetzliche Entlassung dem einzelnen entstanden ist, ersetzen.

Bei Gelegenheit dieser Differenzen bei Krautheim hat sich herausgestellt, daß andere Unternehmer in Selb sich mit Krautheim solidarisch zeigten, denn alle diejenigen, welche bei Krautheim beschäftigt waren, wurden nicht eingestellt, auch solche nicht, welche schon lange vor den Streitigkeiten ihr Arbeitsverhältnis gelöst hatten. Die schwarzen Listen sind in Selb heute Trumpf. Es werden die Leute wegen angeblichen Arbeitsmangel entlassen, dann sorgt man dafür, daß sie keine andere Arbeit bekommen.

Die Arbeiterschaft wird sich solche Vorkommnisse gut einprägen und daraus die richtigen Lehren ziehen.

Internationales.

Ein neues Arbeiterunternehmen.

(ZGB.) Die belgische Arbeiterschaft, die bekanntlich auf den Gebieten der genossenschaftlichen Aktion seit vielen Jahrzehnten eine umfassende und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet, hat ihre bereits bestehenden Unternehmungen noch um ein weiteres vermehrt.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1921 wurde von der bekannten Arbeitergenossenschaft „Vooruit“ in Gent zusammen mit verschiedenen anderen Arbeiterorganisationen, namentlich mit den Organisationen der Transportarbeiter und der Seeleute, eine Nuttiengesellschaft unter dem Namen „L'Armement Ostendais“ gegründet, die die Ausrüstung, Ausbeutung, das Chartern, den Kauf, Verkauf, die Vermittlung, den Bau und die Reparatur von Fischerei- und anderen Booten bezweckt. Die Gesellschaft arbeitete anfangs mit einem Kapital von 2 000 000 Frank, das seither auf 4 000 000 Frank erhöht wurde. Die Gesellschaft kann sich statuten gemäß zu diesem Zwecke mit allen mit ihrem Unternehmen direkt oder indirekt zusammenhängenden Arten von Handels- und Finanzgeschäften sowohl im Inland wie im Ausland befassen.

Das Unternehmen besitzt derzeit sieben Dampf-Trawler, die auch für die Hochseefischerei verwendet werden können und zu den größten Fahrzeugen dieser Art im Hafen von Ostende gehören. Der Wert des Ertragnisses an Fischen belief sich auf 1 643 775 Frank. Es wird auch daran gedacht, eine drahtlose Verbindung einzurichten, um den Schiffen die ausländische Marktlage zu signalisieren, um auf diese Weise von eventuellen Preissteigerungen profitieren zu können.

Auch ist das Unternehmen darauf bedacht, seine Tätigkeit auszubreiten, so u. a. durch eine methodische Organisation des Fischverkaufs in Belgien. Auch sollen Einrichtungen getroffen werden für die Konservierung und Räucherung von Fischen.

Vermischtes.

Ferienheime! Der rührigen Arbeit der Schutzhütten- und Ferienheimgenossenschaft Naturfreunde in Jena gelang es, den erholungsuchenden Proletariern, zwei neue Heime für den Ferienaufenthalt zu beschaffen. Außer den beiden schon mit Erfolg in Betrieb stehenden Heimen, dem „Stutenhaus“ bei Suhl und dem „Siebshaus“ bei Kahla, stehen neue Heime, der „Auerhahn“ bei Stuhla und der „Eisenhammer“ in der Dübener Heide bei Dübener zur Verfügung.

Der „Auerhahn“, der nur als Schutzhütte gedacht ist, bietet 20 bis 30 Uebernachtungsmöglichkeiten. Im „Eisenhammer“, der als Heim ausgebaut wird, ist in vorerst 30 Betten die Möglichkeit zum Ferienaufenthalt gegeben. Es können im Heim bis 120 Personen Unterkunft finden. Rechnet man, daß das „Stutenhaus“ mit 175 Betten, das „Siebshaus“ mit 75 Schlafstätten ausgestattet sind, so erhält man ein Bild von der Tatarbeit der Genossenschaft. Von Tag zu Tag wird dem Arbeiter die Möglichkeit, seine mühsam endlich gesetzlich gewährleisteten Ferien abseits vom Alltag zu verbringen, mehr beschnitten. Zu hohen Fahrtkosten kommen die unerschämten, wucherischen Uebernachtungs- und Verpflegungspreise in den kapitalistischen „Gaststätten“. Hier wirkt die Genossenschaft als Gegengewicht und schafft billigste Heimstätten in schönsten Gegenden. Sie schafft dort neben billigen Nachtlagern die Möglichkeit der Selbstküche.

Es ist ja so wichtig für den Proletarier, daß er die kurze Zeit, die ihm zum Ausspannen gegeben ist, und wirklich losgelassen

wird von allem, was ihm Arbeitsplatz und Kampf ums Dasein Tag für Tag aufdrängen. Er besonders muß in Luft und Sonne haben, um seinen vernachlässigten Organen Spannkraft zu geben. Der Fabrikraum, der dumpfe Arbeitsaal müssen abgelöst werden durch Sonnenstunden in schönster Gegend. Last und Drang des Alltags wird er dort am besten ablegen, wird Aufbaustoffe schaffen, die sich mit neuen Kräften am Arbeitsplatz und in den Kampfreihen seiner Klassengenossen auswirken müssen.

Auskunft erteilt jedem gern: Schutzhütten- und Ferienheim-Genossenschaft Naturfreunde, Jena, Heimstättenstr. 10. Dortselbst werden auch Anmeldungen für Mitgliedschaft und Ferienaufenthalt erledigt.

Literarisches.

„Das Eheproblem“. Von Dr. Sophie Schöfer. Berlin 1922. J. S. W. Dieck Nachf. und Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin.

Als vor vier Jahrzehnten August Bebel mit der großen Forderung der Frauenemanzipation in seiner Schrift „Die Frau“ hervortrat, wirkte diese noch wie ein Fankapitel — und zwar nicht allein in bürgerlichen Kreisen. Was der große Agitator über das Frauenwahlrecht, über die wirtschaftliche Gleichstellung von Mann und Weib, über eine Neugestaltung der Ehe sagte, war selbst für viele Genossen noch unerhört neu und erregte in ihnen die stärksten Bedenken. Heute sind die politischen Grundforderungen der Bebel'schen Schrift im Frauenwahlrecht verwirklicht. Aber an dem inneren Verhältnis von Mann und Weib ist noch wenig geändert. Hier setzt die Genossin Sophie Schöfer die Lebensarbeit Bebel's in ihrer feinsinnigen und ideenreichen Schrift „Das Eheproblem“ fort. Die Vertiefung und Verfüllung der Beziehungen von Mann und Weib in einer wirklichen ehelichen Lebensgemeinschaft wird zu ihrer ureigensten Aufgabe. Der reiche Inhalt der Schöferschen Schrift spricht sich in folgenden Kapiteln aus: 1. Die Ehe der Gegenwart. 2. Ökonomische Grundlagen der Ehe. 3. Erotische und psychologische Grundlagen der Ehe. 4. Ueber das Wesen der Ehe. 5. Beruf und Ehe. 6. Notwendige Änderungen der ehelichen Rechtsgrundlagen. 7. Ausblick.

Die Genossin Schöfer erschließt uns in ihren feinen psychologischen Darlegungen die Heiligkeit der Liebe in so lebendig mit dem Herzen erfaßten Wendungen, wie sie nur ein ganz sozialistisch-religiöser Mensch prägen kann. Eine von reiner Liebe besetzte Ehe erzeugt in dem Menschen, wie die Genossin Schöfer so tief empfindend schreibt, „ein Heimatgefühl der Seele, eine fast religiöse Verbundenheit zweier Menschen.“ Und sie ergänzt diesen wehevollen Gedanken durch die Worte: „Es ist keine Dogmatik, aber oft finden Menschen erst dann ihren Gott, den sie lange suchten, wenn sie ihre Heimat in einem anderen Menschen gefunden haben.“ Wer den von neusozialistischem Geist erklärten, sittlich geläuterten Ehebegriff erleben will, der vertiefe sich in diese Bekenntnisschrift der Genossin Schöfer.

„Neuordnung der Sozialversicherung“. Von Helmut Lehmann, Dresden. Vortrag, gehalten auf der ersten Tagung des Afa-Bundes in Düsseldorf. Preis 6.— Mk., für Mitglieder der AÖGB- und Afa-Organisationen 3.— Mk.

Die soziale Versicherung ist die Frage gewesen, die den Ausgangspunkt für den Zusammenschluß der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände bildete. Sie stand auch bei den Beratungen des 1. Afa-Kongresses wiederum im Mittelpunkt der Erörterungen. Der Geschäftsführer des Hauptverbandes der Ortskrankenkassen, Helmut Lehmann, entwickelt Leitsätze zur Neuordnung der Sozialversicherung. Als Vorkämpfer einer höheren gemeinwirtschaftlichen Ordnung der Gesellschaft zeigt Lehmann den Weg, um auch die soziale Fürsorge der neueren wirtschaftlichen Entwicklung folgen zu lassen. Das Endziel des Lehmann'schen Programms bedeutet Ablösung des reinen Versicherungsgebankens durch den Gedanken einer allgemeinen Volksfürsorge. Abgesehen davon, daß die Sozialversicherung in ihrer heutigen Gestalt bei der anhaltenden Entwertung des Geldes keinerlei Gewähr mehr bietet, den berechtigten sozialen Ansprüchen der Versicherten zu genügen, sprechen auch wichtige prinzipielle Erwägungen für die Lehmann'schen Leitsätze. Die wirtschaftlich Schwachen haben Anspruch darauf, daß die Allgemeinheit die sozialen Unterstützungslasten trägt. In dem Maße, wie die kapitalistische Produktionsweise sich zur Gemeinwirtschaft umwandelt, wird auch die Sozialversicherung zu einer allgemeinen Fürsorge umgebaut werden müssen, deren Lasten nicht mehr durch Beiträge der versicherten Arbeiter und Angestellten getragen werden können. Lehmann zeichnet in seiner Schrift aber nicht nur ein Endziel auf, sondern macht als sozialpolitischer Praktiker auch positive Vorschläge, wie vor der Erreichung des Endzieles die Etappen der Versicherungsreform zurückgelegt werden müssen. Die Schrift enthält insbesondere auch eine scharfe, aber sachliche Kritik an der Sonderversicherung für Angestellte, behandelt das Umlageverfahren, die Selbstverwaltung und die sonstigen großen Streitfragen auf diesem Gebiet. Die sozialpolitisch, gewerkschaftlich und politisch tätigen Kollegen und Kolleginnen sollten sich diese kleine und wertvolle Schrift verschaffen.

Briefkasten der Redaktion.

Versammlungsberichte aus Brambach, Schönwald, Schwandorf und Weißwasser konnten bisher wegen Raummangel nicht veröffentlicht werden. Da sie inzwischen durch die Ereignisse überholt sind, sehen wir überhaupt von deren Veröffentlichung ab.

Versammlungs-Anzeiger

Erfurt. Sonnabend, den 5. August, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Adress-Änderungen.

Breslau. Hans Jost, Sieker, Elbingstr. 18.

Bekanntmachung — Weißwasser.

Kranken- und Unterstützungsgelder werden nur Sonntags und Montags von 5 Uhr nachmittags an in der Wohnung des Kassierers ausgezahlt.

Franz Sieb, Weißwasser (O.-L.), Gartenstr. 2

Aufruf!

Unsere Kollegin Marie Schellhammer, Mitglied seit 1919, ist seit 5 Monaten krank; auch 1921 war sie längere Zeit krank. Da sie eine alte Mutter und ein Kind ihrer Schwester zu ernähren hat, lebt sie sehr kümmerlich. Wir haben ihr hier schon öfter aus größter Not geholfen, aber der Metallarbeiterstreik hat unsere Mitglieder durch Kartellbeschlüsse stark belastet, so daß wir uns jetzt an die anderen Jahrestellen wenden müssen um eine kleine Spende. Gelder sind zu senden an **Karl Stügel, Geradketten bei Schorndorf in Württemberg**. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Quittung.

Für die kranken Mitglieder Brandl und Lang gingen folgende Beiträge ein: Arzberg 100,—; Althaldensleben 50,—; Annaburg 80,—; Berlin 30,—; Burgau 20,—; Colditz 40,—; Elmsborn 40,—; Elsterwerda 40,—; Frankfurt a. O. 80,—; Freienort 20,—; Freiberg i. S. 50,—; Grünheim 20,—; Seringswalde 10,—; Gräfenhain 30,—; Grünstadt-Neulingen 100,—; Hermsdorf 70,—; Hirschau 30,—; Hochstadt 40,—; Hohenberg 50,—; Hennigsdorf 40,—; Ilmenau 50,—; Krummenaab 20,—; Rahlö 40,—; Kloster-Weilsdorf 60,—; Köppelsdorf 50,—; Lettin 20,—; Ludwigsburg 35,—; Magdeburg 60,—; Mannheim 30,—; Markt-leuthen 50,—; Markt-redwitz 50,—; Moschendorf 30,—; Meuselwitz 40,—; Neuhaldensleben 60,—; Neuhaus bei Windischfeschbach 40,—; Passau 30,—; Plankenhammer 20,—; Rauenstein 40,—; Rodach 50,—; Rößlau 30,—; Rheinsberg 50,—; Oberkottau 30,—; Selb 200,—; Schlierbach 100,—; Schorndorf 40,—; Schauberg 30,—; Sorau (A.-L.) 40,—; Schirnding 25,—; Spandau 60,—; Cripitz 40,—; Tiefenfurt i. Schl. 40,—; Teltow 120,—; Velten 70,—; Vohrenstrauß 20,—; Vordamm 20,—; Weiden 20,—; Waldsassen 40,—; Waldershof 60,—; Wittenberg 100,—; Weißwasser 50,— Mk. In Summa 2900,— Mk. Allen Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen.

Für die Zahlstelle Mitterteich: Josef Schöttner, Kassierer.

Dank.

Für die uns während unserer Krankheit überwiesene freiwillige Unterstützung, aufgebracht durch die Belegschaft des Betriebes M. O. Arnold, sprechen wir hiermit den Spendern unseren herzlichsten Dank aus. Karl Roos, Anna Mana, z. St. Land-Krankenhaus Coburg.

Sterbetafel.

Onsdorf. Franz Schleifgen, Formgießer, geboren am 15. Mai 1874, gestorben am 18. Juli an einem Herzleiden. Mitglied seit 1920.

Düsseldorf. Leonhard Trebels, geboren am 13. Februar 1872 in Hezerath, gestorben am 18. Juli an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Rahla. Franz Oertel, Dreher, geboren am 13. Mai 1870 in Seitenbrück, gestorben am 12. Juli an Lungen Schlag. Mitglied seit 1918.

München. Anna Rnechiskern, Schleiferin, geboren am 6. Mai 1866 in Wolfseikofen, gestorben am 28. Mai an Nieren- und Blasenleiden.

— Fritz Uhl, Maler, geboren am 25. Juli 1891 in Fleißen, gestorben am 17. Juni an tuberkulöser Gehirnhautentzündung. Mitglied seit 1917.

— Georg Faderl, geboren am 20. November 1881 in Mosach, gestorben am 16. Juli an einem Lungenleiden. Organisiert seit 1919.

Neuhaldensleben. Otto Voigt, Brenner, geboren am 15. März 1901 in Althaldensleben, gestorben am 16. Juli durch Selbstmord. Mitglied seit 1919.

Ohrdruf. Ida Jung, Dieferin, geboren am 20. August 1859, gestorben am 4. Mai an Influenza. Mitglied seit 1922.

— Heinrich Seyfarth, geboren am 26. Oktober 1857, gestorben am 25. Juni an Herzschlag. Mitglied seit 1919.

— Emil Dornheim, Brenner, geboren am 30. August 1878, gestorben am 16. Juli infolge einer ihm beigebrachten Körperverletzung. Mitglied seit 1919.

Röslan. Konrad Unglaub, geboren am 9. November 1878 in Bischofsgrün, gestorben am 16. Juli an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1920.

Schwarzbach. Johann Bauer, Massemüller, geboren am 21. April 1870, gestorben am 5. Juli an einem Lungenleiden. Mitglied seit 1910.

Ehrendem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Stübert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen erfahrenen Oberdreher, sowie einige tüchtige Schalendreher, Unterglasur-maler und Schleifer.

Bewerbungen mit Zeugnisabschriften erbitten:

Verra-Porzellanfabrik, A.-G., Meiningen.

Zuverlässiger Brenner für Ruffelöfen wird gesucht von Mich. Stephan, Porzellanmalerei, Berlin S.O. 16, Reanderstr. 16.

Sich suche einen Unterglasurmalen, der mit Spritzarbeiten und allen vorkommenden Unterglasurarbeiten vertraut ist, und bitte um gefl. weitere Angaben.

Wohnung habe ich allerdings nicht, doch dürfte es wohl nicht so schwer fallen, hier in Schweidnitz eins zu bekommen. Offerten bitte unter „R. 21“ an die Red. d. Blattes.

Zum sofortigen Antritt einige gelernte Porzellandrehere, die bereits in elektrotechnischen Artikeln gearbeitet haben, gesucht. Porzellanfabrik Hermsdorf, Hermsdorf, S.-M., Personalbureau.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen verantwortlichen Brenner, sowie einen tüchtigen Schleifer, Dreher, Unter- und Oberglasurmalen (innen). Offerten an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter „R. 22“.

Porzellangeschirre-Fabrik größerer Stadt in Thüringen sucht per sofort: Brenner, Schleifer, Gießer und Maler. Angebote unter „R. 23“ an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Wir suchen einige Zellerdreher für große Zeller und runde Schüsseln, außerdem einige Gießer für großes Hohlgeschirr. Wir legen Wert auf außerordentliche und peinliche Arbeiter. Offerten unter „R. 24“ an die Geschäftsstelle des Blattes.

Zeller-Dreher für sauberste Arbeit gesucht. A.-G. Porzellanfabrik Rudolstadt, Rudolstadt.

Wir suchen einige tüchtige unverheiratete Dreher für die Geschirrfabrikation zum sofortigen Antritt. Hans Bauer jun. & Co., Würzzuschlag (Steiermark).

Porzellanmaler für Auf- und Unterglasur, sowie im Spritzverfahren und Schablonenschneiden vertraut, wünscht seine Stelle als Malerei- oder Druckereileiter zu verändern. Gefl. Offert. unter B. B. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Gewandter Schriftenmaler für Apothekenstandgefäße aus Glas und Porzellan per sofort gegen höchsten Akkordlohn gesucht. Jante & Ankel, Köln, Im Sionstal 29/31.

Modelleinrichter für sofort gesucht. Wohnung mit Garten kann im neuen Wohnhause im Herbst zur Verfügung gestellt werden. Thomsberger & Hermann, A.-G., Goldsch i. Sa.

Geübte Stahlstichdruckerin sucht Bestf. Porzellan- und Glasniederlage, Dortmund, Porzellan- und Glasmalerei.

2 Steingutdreher als Ueberformer, Einformer und Hohlformer, auch auf Schubscheibe gut eingearbeitet, verheiratet, suchen Stellung, wenn möglich, mit Wohnung. Offerten erbeten an Julius Neumann, Steingutdreher, Seimkehrlager Nordholz, Kreis Lehe, Wohngebäude Nr. 3.

Formengießer, ledig, der an sauberes, selbständiges Arbeiten gewöhnt ist, zum sofortigen Eintritt gesucht. Porzellanfabrik Königszell, Königszell i. Schlesien.

Blotter Maler, gut eingearbeitet in Staffagen und Rändern, wird sofort eingestellt. Ledige bevorzugt. Edmund Krüger, Porzellanfabrik, Blankenhain b. Weimar.

Gewissenhafter Brenner für Ofen mit überschlagender Flamme gesucht, der Garantie für Erzielung guter Brände gewähren kann. Bei zufriedienstellender Leistung Aussicht auf Oberbrennerposten. Für Verheiratete ab Herbst Wohnung vorhanden. Reichenbacher Porzellanfabrik C. & E. Carstens, Reichenbach (S.-M.), Stat. Hermsdorf-Klosterlausnig.

Einige tüchtige Kannen- und Becherdreher für Schubscheibe gesucht. Reichenner Dfen- und Porzellanfabrik (vorm. C. Teichert), Meissen.

Zuverlässiger Steingutbrenner für unser Werk Amberg gesucht, mit Aussicht auf Oberbrennerposten. Tonwarenfabrik Schwandorf, Schwandorf i. Bayern.

Formgießer (möglichst ledig) für Hoch- und Niederspannungsisolatoren sucht sofort Tonwarenfabrik Schwandorf, Schwandorf i. Bayern.

Geübter Dreher für Terrinen und sonstiges großes Hohlgeschirr für sofort gesucht. Lediger wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Porzellanfabrik Kall, Eisenberg i. Thür.

Erfahrener Glasierer, der gleichzeitig in der Lage ist, die Glasurritze zu bearbeiten, zum sofortigen Antritt gesucht. E. Weitzen-Bordamm, Belten b. Berlin.

Zuverlässige Füller und Ausleerer für Brennhaus sucht Carl Marik, Lanzenbach, Post Wallendorf, S.-M. Wohnung

Modelleinrichter und Abgießer für Scheibenarbeit, der an sauberes und gewissenhaftes Arbeiten gewöhnt ist, zum sofortigen Antritt gesucht. A. M. Krause, Tuschlika- und Steingutfabrik, Schweidnitz i. Schl.

Gesucht von einer größeren Steingutfabrik Norddeutschlands zum sofortigen Antritt mehrere Zellerdreher, möglichst unverheiratet. Angebote durch die Geschäftsstelle dieses Blattes unter „R. 26“.

Einige Schalen- und Becherdreher sofort gesucht. Tonwarenfabrik Schwandorf, Schwandorf i. Bayern.

2 junge Leute, 19 Jahre, Dreher und Former in Terralotta, welche seit 1918 in rheinischen Fabriken beschäftigt sind, suchen für sofort Stellung, am liebsten in Holland. Offerten unter „R. 27“ an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Junger Formengießer und Mobelleur, der leichte Scheibenmodelle drehen kann und Lust zum Modellieren hat, wird bei festem Wochenlohn sofort eingestellt. Offerten unter „R. 24“ an die „Ameise“ erbeten.

Geschäfts-Anzeigen.

Meinen werten Kollegen und Kolleginnen zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich einen Versand von Violinen, Gitarren und Mandolinen eröffnet habe. Später werde ich auch noch handgemachte Akkordeon, Bandonien, Zithern und alle Bestandteile aufnehmen. Es ist mein eifrigstes Bestreben, meine werte Rundschau bestens und billigst zu bedienen. Max Lang, Weiden (Bayern), Türkgasse 66.

Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere
Pinzel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen
(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von
Max Haupt, Dresden-A., Königsplatz 17.

Goldschmiede, Lappen, Abfälle, Poliergoldschmiede, je nach Prozentgehalt 100 Mk. und mehr für das Gramm. Glanzgoldschmiede 80 Mk. für das Gramm. Zahle je nach Stand die höchsten Tagespreise. Sofort Kasse! Eigene Schmelzanlage!
A. Goldarbeiter, Selb i. Bayern.

Hört — leset — staunet über die hohen Preise, die ich für Goldschmiere, Nische, Lappen und Flaschen zahle. B. B. für Glanzgoldflaschen 30 bis 40 Pf. mit Stöpsel, Poliergoldflaschen mit Stöpsel 40 bis 70 Pf., je nach Gehalt. Alle Sendungen werden sofort erledigt.
Kurt Rottmann, Stadtilm i. Thür., Bahnhofstr. 1.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen und Pinzel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere
sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen
Emil Theimer, Langewiesen b. Jm., Thür.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinzel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft
M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Nische — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold, kauft stets zu höchsten Tagespreisen
Christoph Seier, Hirschstädt b. Thiersheim, Oberfranken.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinzel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel 30—50 Pf., für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gramm, 50—100 Pf., je nach Inhalt. Bei den hohen Postgebühren will ich es meiner werten Rundschau ermöglichen, mir die Treue zu wahren, indem ich derselben die Gebühren zurückerstatte. Eine weitere Berücksichtigung erbittet
A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Offerierte hierdurch noch zu Uebergangspreisen für Dreher: Prima Benghasi-Zymocasschwämme, das Stück zu 20, 30, 40, 60, 90 Mark und höher; Levantiner, Glasur- und Garnierungsschwämme von 6 bis 100 Mk. pro Stück; echte Elefantenhorn, das Stück 5000 Mk.; feine weiche, mittlere und große Meißschwämme, das Stück 600 und 900 Mk.; handgroße Hartheadschwämme, mittlere Qualität für Steingut und Gießerei, das Kilo (zirka 30 Stück enthaltend) 50 Mark; griechische Pferdebeschwämme, von 5 bis 100 Mk. pro Stück. Versand nur in geschlossenen kleineren und größeren Posten.
S. Michellohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Brenzlauerstraße 42.

Emil Böhme, Eisenberg, S.-M.
Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere und sämtliche goldhaltige Sachen. — Ältestes Geschäft dieser Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. — Zahle z. B.: Für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, je nach Gehalt, bis 1.— Mk. p. Stück, für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel, je nach Gehalt, bis 1,50 Mk. p. Stück, für Poliergoldschmiede, je nach Goldprozentgehalt, bis 100.— Mk. p. Gramm, für Glanzgoldschmiede, je nach Goldprozentgehalt, bis 85.— Mk. p. Gramm für Glanzgold, Goldlappen, Schmiere usw. zum Einschmelzen die höchsten Tagespreise. — Prospekt wird auf Wunsch kostenfrei zugestellt.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Albin Karl, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 28/29.